

DER TAGESSPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Verlag Der Tagespiegel G.m.b.H., Berlin W 30, Potsdamer Str. 87
Telefon: Redaktion, Anzeigen, Vertrieb und Verwaltung: 130331 / Telegramme: Tagespiegel
Berlin / Fernschreiber: 01 45773 / Bankkonten: Berliner Disconto Bank A.G., Berliner Bank A.G., Bank für
Handel und Industrie A.G., Berliner Commerzbank A.G. / Postfach-Konto: Berlin W 105, Bonner
Redaktion: Bonn, Pressehaus / Telefon: 214 51, Fernschreiber: 08 86720 / Abonnementspreis bei freier
Zustellung durch eigene Boten oder durch die Post 4,50 DM monatlich / Keine Ersatzansprüche bei Störungen
durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 15 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



13 03 31 unter dieser Fernsprechkennzeichnung erreichen Sie unsere Geschäftsstellen in West-Berlin (mit
Ausnahme von Hermsdorf): Charlottenburg 9, Kaiserdamm 7, Friedenau, Rheinstraße 82, Grawewald, Hohent
rollerdamm 94, Hermsdorf, Heinesstr. 37 (Tel. 40 88 87), Lankwitz, Leonorenstr. 71, Lichterfelde, Baseler
Straße 12, N. 65, Müllerstr. 122b, NW 21, Alt-Moabit 85b, Neubrück, Karl-Marx-Str. 15a, Reinickendorf 3,
Scharnweberstr. 49, Schönberg, Hohenstaufenstr. 25, SO 36, Dresdenstr. 16, Spandau, Markt 2/3,
Steglitz, Schleierstr. 119, Tempelhof, Tempelhofer Damm 2, W 15, Kurfürstendamm 188, W 30, Tauentzien
straße 1, W 30, Potsdamer Straße 87, Wilmerdorf, Uhlendamm 137, Zehlendorf, Berliner Straße 2.

Nr. 4873 / 17. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 19. SEPTEMBER 1961

A 6622 A / 20 PFENNIG ausw. 25 Pfg.

Adenauer oder Erhard Die Koalitionsfrage nach den Wahlen CDU verlor die absolute Mehrheit

Tsp. Bonn. Nach den Bundestagswahlen, die zum Verlust der absoluten Mehrheit der CDU/CSU und zu Stimmengewinnen von SPD und FDP geführt haben, stand gestern in Bonn die Koalitionsfrage im Vordergrund. Bundeskanzler Adenauer hat eine Koalition der CDU/CSU mit der FDP befürwortet.

Die FDP hatte schon vor den Wahlen ihre Bereitschaft zu einer solchen Koalition geäußert, jedoch hervorgehoben, daß sie Ludwig Erhard als Bundeskanzler vorziehen würde. Dagegen hat die CDU bisher nicht zu erkennen gegeben, daß sie einen derartigen Wechsel jetzt vollziehen will.

Bei einer Wahlbeteiligung von 87,5 Prozent waren nahezu 31,5 Millionen Bürger der Bundesrepublik zur Wahlurne gegangen. 45,3 Prozent der Stimmen entfielen auf die CDU/CSU, 36,3 Prozent auf die SPD und 12,7 Prozent auf die FDP. Von den übrigen Parteien erhielt keine ein Mandat im vierten Bundestag.

Während die CDU/CSU am Sonntag etwa 14,24 Millionen Stimmen und damit rund 750 000 Stimmen weniger erhielt als vor vier Jahren, steigerte die SPD ihre Stimmenzahl um 1,9 Millionen auf 11,4 Millionen und die FDP um 1,7 Millionen auf 4,0 Millionen. Die Mandatsverteilung im vierten Bundestag lautet: CDU/CSU 241 (270 vor vier Jahren), SPD 190 (169), FDP 66 (41). Die übrigen Parteien konnten weder Direktmandate erringen noch die Fünf-Prozent-Klausel überspringen, so daß sie keine Abgeordneten stellen werden. Die aus DP und BHE gebildete Gesamtdeutsche Partei fiel von 8,0 auf 2,8 Prozent zurück; die neutralistische Deutsche Friedensunion erzielte mit 1,9 Prozent als Splittergruppe.

Die Hälfte der Abgeordneten wurde direkt in Wahlkreisen (Erststimmen), die andere Hälfte über Landeslisten (Zweitstimmen) gewählt. Die Stimmen werden dabei so verrechnet, daß die Parteien im Bundestag proportional zu ihrem Stimmenanteil vertreten sind. In der direkten Wahl konnte die CDU/CSU 155 der 246 Wahlkreis-Mandate erringen; das sind

39 weniger als vor vier Jahren. Die SPD errang 91 Direktmandate (45 mehr als 1957), und die FDP ging bei der Verteilung der Direktmandate leer aus.

Das jetzt vorliegende vorläufige Endergebnis wird sich noch geringfügig ändern, da der Wahlkreis Cochem an der Mosel wegen des

**Ausführliche Tabellen und Berichte
Seite 3 und 4**

plötzlichen Todes eines Kandidaten erst am 1. Oktober wählen wird. Im letzten Bundestag wurde dieser Wahlkreis durch einen CDU-Mann vertreten.

Im Wahlergebnis vom Sonntag ist die Zahl der Listenmandate (251) um fünf höher als die der Direktmandate (246). Diese fünf sogenannten Überhangmandate stellen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl einen rechnerischen Ausgleich auf den Landeslisten der unterlegenen Parteien in den Fällen dar, in denen eine andere Partei mehr Direktmandate errungen hat als ihrem Stimmenanteil in diesem Bundesland entspricht.

Erneute Kanzlerschaft nur für Übergangszeit?

Von unserem Bonner Büro
skf. Bonn. Die Bonner Überlegungen über die Kabinetsbildung werden stark von dem Ergebnis der Washingtoner Außenministerkonferenz beeinflusst, das offiziell noch geheimgehalten wird. Dem Vernehmen nach haben sich die Außenminister der drei Westmächte und der Bundesrepublik darauf geeinigt, den Sowjets weitgehende Zugeständnisse in der Deutschlandfrage und der Frage der militärischen Ordnung in Mitteleuropa zu machen, sofern von sowjetischer Seite auch nur annähernd gleichwertige Zugeständnisse zu erwarten sind.

Unter Berufung auf das Washingtoner Ergebnis hat der sozialdemokratische Kandidat Brandt noch in der Nacht zum Mon-

sing), ein neuzuschaffendes Gesundheitsministerium für den Abgeordneten Stammlinger und ein weiteres Ministerium, etwa das Schatzministerium.

3. Annahme der drei Vorbehalte der FDP, wonach die FDP auf sofortigen Deutschland-Verhandlungen besteht und keiner Regelung zustimmen wird, die Berlin von der Bundesrepublik trennen oder die Absperrung vom 13. August anerkennen würde.

Dafür wird die CDU von der FDP verlangen, daß sie sich im übrigen in vollem Umfang der außenpolitischen Linie der CDU anschließt und Adenauer für die vereinbarte Übergangszeit als Kanzler akzeptiert. Die FDP hat Bedenken gegen eine derartige „Übergangskanzlerschaft“. Adenauers, weil sie glaubt, Adenauer werde die Vereinbarung nicht einhalten, so daß die FDP ihn nur mit Hilfe der SPD stützen könne.

Über die Frage, ob Adenauer oder Erhard Kanzler werden soll, wird es zweifellos harte Verhandlungen zwischen der FDP und der CDU/CSU geben. Die FDP hofft auf die Hilfe der CDU und Bundestagspräsident Gerstenmaier sowie einer „Anti-Adenauer-Fronte“ in der neuen CDU-Bundestagsfraktion. Für die CDU/CSU lautet jedoch die Frage nicht „Adenauer oder Erhard?“, sondern „Erhard jetzt oder in einem Jahr?“, und die Unionsparteien hoffen, daß sich auch die FDP für das Argument erwärmen werde, Adenauer sei am besten geeignet, bestimmte Positionen der Bonner Deutschlandpolitik zu liquidieren.

Nachgebende Börsen

Tsp. Berlin. Für viele überraschend hat sich die an den deutschen Börsen in der letzten Woche eingeleitete Aufwärtsbewegung am Tage nach der Bundestagswahl nicht fortgesetzt. Zwar wurde der Wahlausgang in der Regel freundlich kommentiert, brachte aber nach den vorher veröffentlichten Umfrageergebnissen der Meinungsforschungsinstitute keine Überraschungen mehr. In dieser Lage lenkte die Nachricht von dem Flugzeugunglück des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld die Aufmerksamkeit auf mögliche neue weltpolitische Entwicklungen. Dadurch veranlaßten Abgaben stand nur mäßige Aufnahmebereitschaft gegenüber, so daß die Kurse bei nicht übermäßigem Geschäft fühlbar nachgaben.

Etelzel nicht wieder Bundesfinanzminister?

Tsp. Düsseldorf. Bundesfinanzminister Etzel soll beabsichtigen, in der neuen Bundesregierung kein Ministeramt mehr zu übernehmen. Wie es heißt, werde Etzel am 1. November als Mitinhaber und persönlich haftender Gesellschafter in das Düsseldorf Bankhaus Friedrich Simon eintreten. Etzel habe diesen Entschluß bereits mehrere Wochen vor der Wahl gefaßt. Sein Bundestagsmandat, das er am Sonntag in direkter Wahl im Wahlkreis Remscheid-Sollingen erhielt, will er aber annehmen.

Bankier Simon erklärte dem Tagesspiegel auf Rückfrage, er könne diese Nachricht weder offiziell bestätigen noch dementieren. Es handele sich um eine Privatangelegenheit von Bundesminister Etzel, der gegenwärtig an der Weltbank-Tagung in Wien teilnimmt.

Hammarskjöld ist tot Über Rhodesien abgestürzt

Leopoldville (dpa). Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, ist am Montag tödlich verunglückt.

Hammarskjöld befand sich an Bord eines UNO-Flugzeuges und war auf dem Fluge von Leopoldville nach Ndola in Nordrhodesien, wo er den Ministerpräsidenten der Katanga-Provinz, Tschombe, treffen wollte.

Aus bisher noch ungeklärter Ursache stürzte das Flugzeug wenige Kilometer vor Ndola im Busch ab und geriet in Brand. Von den neun Passagieren und der fünfköpfigen schwedischen Besatzung wurde nur einer schwerverletzt geborgen. Alle anderen Insassen kamen ums Leben.

Das Flugzeug Hammarskjölds war am Montag früh als vermißt gemeldet worden. Sofort hatte eine große Suchaktion begonnen. Am Nachmittag wurde dann das Wrack gefunden.

Der Tod des 56jährigen Hammarskjöld hat in der ganzen westlichen und neutralen Welt, besonders aber in seiner skandinavischen Heimat, tiefe Bestürzung hervorgerufen. (Vgl. Seite 2)



Kennedy: Ein Friedensstifter

Bestürzung und Trauer über den Tod Hammarskjölds

New York (dpa/AP/UPI). Die Nachricht vom Tod UNO-Generalsekretär Hammarskjölds ist in den westlichen Hauptstädten, im UNO-Hauptquartier und bei den Neutralen mit Trauer und Bestürzung aufgenommen worden. Häufig stand neben Äußerungen des Beileids die Sorge, daß die Sowjetunion den Unglücksfall auszunutzen versuchen werde, um ihre Vorstellungen von einem Dreier-Direktorium an der Spitze der Weltorganisation voranzutreiben. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS teilte die Nachricht kommentarlos mit.

Präsident Kennedy erklärte, der Name Hammarskjölds werde mit an erster Stelle unter den Friedensstiftern der Weltgeschichte genannt werden. Sein Verdienst sei es, daß die UNO eine Hoffnung für die Menschheit geworden sei. Er betete darum, sagte der Präsident, daß Hammarskjölds Opfer alle UNO-Mitglieder dazu anregen möge, die Aufgabe zu vollenden, für die Hammarskjöld gestorben sei.

Premierminister Macmillan bezeichnete den Generalsekretär als einen „Diener der Welt“, der seine Pflicht mit Mut, Entschlossenheit und Hingabe ausgeübt habe. In Paris hat der plötzliche Tod Hammarskjölds in erster Linie menschliche Teilnahme ausgelöst. Die Würdigung seiner politischen Leistungen steht im Schatten der Kritik, die von französischer Seite an der Stellungnahme des Toten bei der Behandlung des Kongo-Problems und der Bizerta-Frage geübt wurde.

Alle Menschen in der Freien Welt schulden Hammarskjöld Dank und würden sein vorbildliches Wirken für die Sache des Friedens nicht vergessen, erklärte Bundesaußenminister von Brentano.

Bürgermeister Amrehn nannte Hammarskjöld „einen Freund unserer Stadt“. Die belgische Regierung bezeichnete den UNO-

Generalsekretär in einem Beileidstelegramm an die schwedische Regierung als einen bedeutenden Bürger Schwedens.

Besorgnis bei der UNO

Am Sitz der UNO in New York mischt sich in die Trauer die Besorgnis über die Schwierigkeiten, die mit der Wahl eines Nachfolgers verbunden sein dürften. Der sudanesisch-Delegierte Hamid Adeel bezeichnete es als einen schweren Fehler, daß die UNO-Charta für solche Fälle keine Nachfolgeregelung vorsehe.

Sicherheitsrat beriet über die Situation für die UNO

New York (AP/dpa). Der Weltsicherheitsrat ist auf Initiative seines Vorsitzenden Barnes (Liberia) gegen Mitternacht (MEZ) zu einer inoffiziellen Sitzung zusammengetreten, um über die Situation nach dem Tode des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld zu beraten. In UNO-Kreisen wurde mit der Möglichkeit gerechnet, daß die UNO-Vollversammlung, deren Herbstszitzung heute beginnen sollte, heute noch nicht mit ihren Beratungen beginnen wird.

Die Wahl des Nachfolgers

Ein neuer Generalsekretär wird auf Empfehlung des Sicherheitsrates von der Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Ein Beschluß des Sicherheitsrates kann aber nur mit Zustimmung der fünf ständigen Mitglieder, darunter der Sowjetunion, zustande kommen. Die Sowjetunion hatte im vergangenen Jahr die Institution des Generalsekretärs angefochten und statt dessen ein Dreiergremium an der Spitze der UNO gefordert, was eine Änderung der UNO-Charta erfordert hätte.

Die Trauerfeierlichkeiten für Präsident Henneberg

Tsp. Berlin. Der Ältestenrat des Berliner Abgeordnetenhauses legte gestern die Einzelheiten der Trauerfeierlichkeiten für den am Sonntag in der Sondersitzung des Parlaments plötzlich verstorbenen Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Henneberg, fest. Danach wird am Mittwochnachmittag der Sarg mit der sterblichen Hülle des Präsidenten vom Moabit Krankenhaus im Trauerzug über den Ernst-Reuter-Platz zum Schöneberger Rathaus übergeführt. In der Vorhalle des Rathauses wird der Sarg aufgebahrt.

Im Saal Nr. 1110 können sich die Berliner am Mittwoch von 10 bis 12 Uhr und am Donnerstag von 10 bis 11 Uhr in Kondolenzlisten eintragen. Am Donnerstag um 11 Uhr beginnt im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses die Trauerfeier des Parlaments und des Senats, die durch Lautsprecher auf den Rudolph-Wilde-Platz übertragen wird. Zu dem Staatsakt sind die Präsidenten der deutschen Landtage eingeladen worden. Die stellvertretende Parlamentspräsidentin Edith Lowka und der Regierende Bürgermeister Brandt werden das Wort ergreifen. Im Anschluß daran wird die sterbliche Hülle des Präsidenten im Konvoi zum Zehlendorfer Waldfriedhof übergeführt.

Clay heute in Berlin

Tsp. Berlin. General Lucius D. Clay, der persönliche Vertreter von Präsident Kennedy im Range eines Sonderbotschafters mit dem

Sitz in Berlin, trifft heute um 16 Uhr 20 in Tempelhof ein, wo er von dem Regierenden Bürgermeister Brandt, dem amerikanischen Stadtkommandanten General Watson sowie von hohen amerikanischen Offizieren mit militärischen Ehren empfangen wird. Clay, der heute vormittag in Bonn mit Bundespräsident Lübke, Bundeskanzler Adenauer und Bundesaußenminister von Brentano zu Besprechungen zusammentritt, war am Montag aus Paris kommend in Bonn eingetroffen und führte Beratungen mit Botschafter Dowling.

Nach dem Empfang mit militärischen Ehren auf dem militärischen Teil des Flugplatzes Tempelhof wird General Clay über die Dudenstraße, die Hauptstraße, Unter den Eichen, die Berliner Straße und die Potsdamer Chaussee zum Gästehaus der US-Mission in Berlin fahren.

Zwischenkontrollen in den Interzonenzügen fallen weg

Tsp. Berlin. Für die Interzonenzüge zwischen Berlin und der Bundesrepublik gelten seit Montag neue Ankunfts- und Abfahrtszeiten, wie die Bundesbahn Berlin mitteilte. Ursache dafür ist das Wegfallen der Zwischenkontrollen durch die Organe der Zone in Griebnitzsee (in Richtung von und nach Köln), Drewitz (Richtung Frankfurt und München) sowie Albrechtshof (Richtung Hamburg). Eine Begründung für das Wegfallen der Kontrollen wurde von östlicher Seite nicht gegeben. (Vgl. Berliner Teil)

Unsere Meinung:

Nach der Wahl

J. B. Im In- und Ausland wird der Verlust der absoluten Mehrheit, den die Regierungspartei bei den Bundestagswahlen erlitten hat, als ein Autoritätsverlust der CDU und Bundeskanzler Adenauers interpretiert. Dieser psychologische Effekt bleibt auch bestehen, wenn man feststellt, daß die Einbußen der Regierungspartei, die seit zwölf Jahren die Verantwortung trägt, in absoluten Stimmzahlen nicht so schwerwiegend sind. Der Stamm der CDU-Wähler ist der Partei treu geblieben und hat sie als zentrale Kraft der deutschen Politik bestätigt. Aber die CDU hätte eben nicht nur alle ihre bisherigen Wähler behalten, sondern auch an dem durch die Neuwähler und durch den Zusammenbruch der Splitterparteien gebildeten Reservoir freier Stimmen partizipieren müssen, um ihre überragende Stellung als alleinige Regierungspartei zu behalten. Natürlich macht man sich auf die Suche nach den Gründen, die zum Gegenteil geführt haben. Es ist mehr als naheliegend, die Ereignisse nach dem 13. August dafür verantwortlich zu machen, daß sich der Wählerschaft der Bundesrepublik eine gewisse Unsicherheit über die Richtigkeit des Regierungskurses bemächtigt hat. Dagegen spricht freilich, daß sich zahlreiche Wähler für die FDP entschieden haben, gerade weil sie versprochen hat, eine Koalition mit der CDU zu suchen und ihr in grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik und — was ebenso schwer wiegt — der Wirtschaftspolitik beizustehen. Es spricht also viel für die Vermutung, daß der Wähler seine Entscheidung weniger aus eigener Unsicherheit getroffen, als vielmehr nur auf die Unsicherheit reagiert hat, die die Regierungspartei und der Kanzler im Wahlkampf nach dem 13. August gezeigt haben. Angesichts einer Krise wie der gegenwärtigen darf auch der Staatsmann von Zweifeln geplagt werden; der Wähler hatte jedoch auf Grund der Wahlkampftaktik des Kanzlers den Eindruck, daß eine gewisse Führungslosigkeit herrsche. Das bekommt keiner Partei gut.

Das zweite Ergebnis dieser Wahl ist, daß der SPD unter der Wahlkampfführung Brandts gelungen ist, die ihr bisher traditionell gezogenen Grenzen zu sprengen. Ihr Erfolg ist beachtlich genug, um den Reformern in der SPD, die die außenpolitische Schwelgen der Partei empfohlen hatten, recht zu geben. Allerdings ist es Brandt nicht gelungen, die Wähler in zwei großen Lagern zu polarisieren, also sie um die beiden großen Parteien zu versammeln. Daß er eine solche Hoffnung hegte, geht aus seinem hochfliegenden, im Wahlkampf gesprochenen Wort hervor, Herr Mendel sollte warten, ob man ihn überhaupt frage. Soweit Brandt sich ausrechnet, am Prestigeverlust der CDU mitgewirkt zu haben, so hat jedenfalls die FDP davon recht erhebliche Früchte mitgenommen.

Die eigentlichen Gewinner der Wahl sind in diesem Sinne die Freien Demokraten. Die Anpassung ihres Kurses an den der CDU, die die Partei unter Führung Mendes vollzogen hat, hat offenbar die von der FDP vertretene Spielart des Liberalismus in den Augen der Wähler rehabilitiert. Der Wähler hat dies dadurch ausgedrückt, daß er den Zug zum Zweiparteien-System abbrüstete und in einer beachtlichen Rückwärtsschaltung das Dreiparteien-System kräftigte. Er hat damit offensichtlich die Erwartung verbunden, daß die FDP sich mit der CDU arrangieren werde, zumal in dieser Hinsicht die Partei unzweideutig Versprechen abgegeben hat. Damit ist an sich auch der Verlauf der kommenden Koalitionsverhandlungen vorgeschrieben. Die FDP will dabei, wie es aussieht, ziemlich nachdrücklich darauf drängen, daß das Kabinett Adenauer schon jetzt durch ein Kabinett Erhard abgelöst wird. Weder Adenauer noch seine Partei machen den Eindruck, daß sie so schnell die Flinte ins Korn werfen werden. Im nationalen Interesse wäre es zu bedauern, wenn bei der einmal getroffenen grundsätzlichen Entscheidung der FDP auf Grund solcher Zuspitzungen die Koalitionsverhandlungen sich in die Länge ziehen. Nichts scheint uns der Situation angemessener als eine schnelle Regierungsbildung.

Die von Brandt gestern erneut ins Spiel gebrachte Idee einer nationalen Koalition aller Parteien, die einmal im Bereich des Möglichen liegen kann, scheint für den Augenblick nicht geboten. Es könnte sein, daß die Bundesrepublik in der gegenwärtigen internationalen Situation viel eher eine starke Opposition braucht, die von der Regierung mit Achtung behandelt wird und die im Interesse der nationalen Sache in grundsätzlichen Fragen der Regierung hilft, indem sie von ihren Bänken aus offener und deutlicher ausspricht, was Parteien in der Regierungsverantwortung oft nur vorsichtig andeuten können.

Sollte eine solche Rolle auf die SPD zukommen, stellt sich auch die Frage nach dem Verhalten ihres Kanzlerkandidaten. Brandt hat ursprünglich erklärt, er werde sein Amt in Berlin „nur mit dem Palais Schaumburg“ vertauschen. Er hat in der Folge und auch gerade in der Wahlkampf diese Erklärungen der Vergangenheit reduziert und abgeschwächt. Hier darf Berlin, das keinen unmittelbaren Einfluß auf Wahl- und Regierungsbildung hat, sein unmittelbares Interesse an einer schnellen und klaren Entscheidung anmelden. Der Kanzlerkandidat der SPD mag Zeit haben und brauchen; der Regierende Bürgermeister von Berlin darf sie sich nicht gönnen — wenn die Entscheidung zugunsten seines bisherigen Amtes ausfällt.